

Antrag

Hannover, den 06.11.2018

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Konsequenzen eines unachtsamen und nachlässigen Umgangs mit Einwegkunststoffen sind sowohl an Land als auch in den Ozeanen deutlich zu erkennen. Laut der Europäischen Kommission bestehen mehr als 80 % der Abfälle in den Meeren aus Plastik. Infolge des langsamen Zersetzungsprozesses und der damit einhergehenden Fragmentierung des Plastikmülls steigt der Anteil in den Meeren weiterhin stark an und belastet die weltweiten Küstenregionen. Einer Schätzung des World Economic Forum zufolge könnten sich - gemessen am Gewicht - bis zum Jahr 2050 mehr Plastikartikel als Fische im Ozean befinden.

Neben der grundsätzlichen Verunreinigung der Lebensräume Meer und Küste schadet Plastikmüll den Meerestieren, welche sich in diesem verfangen und verletzen oder die Plastikfragmente mit potenzieller Nahrung verwechseln. Als Folge des Verschluckens der Kunststofffragmente ist bei Meerestieren eine verminderte bzw. eingestellte Verdauung der Nahrung zu beobachten, welche im weiteren Verlauf zu einer Verkümmernng oder zum Tode des Organismus führt. Außerdem können sich toxische Schadstoffe in ihrem Organismus ablagern und in der Nahrungskette weiter angereichert werden, wodurch letztendlich die Aufnahme durch den Menschen nicht ausgeschlossen werden kann. Studien zeigen, dass sich bei jedem untersuchten Menschen Mikroplastik in der Verdauung nachweisen lässt. Die gesundheitlichen Auswirkungen sind an dieser Stelle noch nicht bekannt.

Die am 24. Oktober 2018 vom EU-Parlament beschlossenen EU-Vorschriften befassen sich mit zehn Einwegkunststoffprodukten, welche am häufigsten an den europäischen Stränden gefunden werden, sowie mit verloren gegangenen Fischfanggeräten. Insgesamt machen diese beiden Stoffgruppen rund 70 % des gesamten Meeresmülls aus.

In dem Legislativpaket der EU-Kommission ist ein komplettes Verbot für Einwegkunststoffartikel vorgesehen, für die bereits Alternativen in anderen Materialien verfügbar sind wie beispielsweise Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonstäbchen. Das Parlament erweiterte die Verbotsliste um oxo-abbaubare Kunststoffe und Fast-Food-Behälter aus expandiertem Polystyrol.

Für andere Plastikprodukte werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Verbrauchsreduktionsziele von 25 % bis 2025 für Lebensmittelbehälter und 50 % bis 2025 für Zigarettenfilter, die Kunststoff enthalten,
- Verpflichtungen für Hersteller von Artikeln wie Folienverpackungen, Zigarettenfiltern, Feuchttüchern usw. zur Deckung der Kosten der Abfallbewirtschaftung und Säuberung (sogenannte erweiterte Herstellerverantwortung, EPR),
- Sammelquote von 90 % bis 2025 für Trinkflaschen (z. B. durch Pfandrückerstattungssysteme),
- Kennzeichnungsvorschriften für Damenbinden, Feuchttücher und Ballons, um Benutzer auf ihre korrekte Entsorgung aufmerksam zu machen,
- Initiativen zur Sensibilisierung für das Thema,
- für Fischfanggeräte, die etwa 27 % aller Abfälle im Meer ausmachen, müssten die Hersteller die Kosten der Entsorgung in den Hafenauffangeinrichtungen künftig selbst tragen. Des Weiteren

sollen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass jährlich mindestens 50 % der verlorenen Fischfanggeräte eingesammelt und bis 2025 15 % davon recycelt werden.

Der Bericht wurde mit 571 zu 53 Stimmen angenommen bei 34 Enthaltungen. Das Parlament wird Verhandlungen über die endgültige Fassung der Richtlinie mit dem Rat aufnehmen, sobald die EU-Minister ihren eigenen Standpunkt zu diesem Thema festgelegt haben.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich auf europäischer Ebene für eine breite Zustimmung der Mitgliedsländer für die Richtlinie einzusetzen,
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die in dem Legislativpaket enthaltenen Maßnahmen in Deutschland stringent umgesetzt werden,
3. Mehrwegsysteme bei Coffee-to-go-Bechern zu unterstützen,
4. darauf hinzuwirken, dass die Nutzung von Plastikprodukten in den Landesbehörden und in der Landtagsverwaltung konsequent reduziert wird,
5. Fishing-for-litter angemessen zu unterstützen.

Begründung

Der effektivste Weg, die signifikante Zunahme des Plastikabfalls zu verringern, ist, zu verhindern, dass noch mehr Plastik in unsere Ozeane gelangt, und den vorhandenen Plastikmüll möglichst zu entfernen, bevor der Zerfall in Makro- und Mikrofragmente einsetzt.

Kunststoffe sind ein praktisches und wirtschaftlich wertvolles Material, welches jedoch besser genutzt, wiederverwendet und recycelt werden muss. Wird Plastik weiterhin unachtsam und nachlässig entsorgt, umfassen die wirtschaftlichen Folgen nicht nur den verlorenen Materialwert, sondern auch die Kosten für die Reinigung der Umwelt und die Schäden für den Tourismus, die Fischerei sowie die Schifffahrt, welche durch die Umweltverschmutzung mit Plastik verursacht werden.

Bei der Vermeidung von Plastikabfall sollten der Landtag sowie die politischen Vertreter als Vorbild vorgehen und in den Bereichen, wo es akzeptable Alternativen gibt, diese auch umsetzen.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender